

Koalition macht 180 Grad Wende bei Hartz IV: künftig getrennte Trägerschaft der Grundsicherung für Langzeitarbeitslose

Bundesagentur übernimmt das Kommando - Kommunen kommen aufs Nebengleis

Nach derzeit vorliegenden Informationen wollen CDU/CSU und FDP in ihren Koalitionsvereinbarungen von ihren langjährigen arbeitsmarktpolitischen Überzeugungen abrücken: Statt Dezentralisierung der Arbeitsmarktpolitik und Stärkung des kommunalen Einflusses will man die sog. „Getrennte Trägerschaft der Grundsicherung für Langzeitarbeitslose“.

Mit dieser Regelung werden die seit 2005 in Gemeinschaft von Arbeitsagentur und Kommunen tätigen ARGEen abgelöst – die Bundesagentur für Arbeit übernimmt dann das Kommando. Sie erhält damit einen historisch einmaligen Machtzuwachs, der weit über alles hinausgeht, was sie seit Bestehen der Bundesrepublik hatte – pikanterweise ausgerechnet unter Mitwirkung ihres stärksten Kritikers, der FDP. Waren „vor Hartz4“ Arbeitsamt und Kommunen jeweils für die Betreuung ihres Klientels (Arbeitslose / Sozialhilfeempfänger) umfassend verantwortlich, so wird nun die Arbeitsagentur allein verantwortlich für das ALGII und alle operativen Integrationsleistungen (Beratung, Beschäftigung, Qualifizierung, Vermittlung).

Die Kommunen dürfen dann noch die Wohnunterkunftskosten auszahlen und Drogenhilfe organisieren. Damit wird die von vielen Fachleuten, Wohlfahrtsverbänden, Trägerverbänden und Arbeitgeberverbänden unterstützte stärkere Einbindung der Kommunen in die Förderung ihrer bedürftigen Bürger abgeschnitten und der Trend des letzten Jahrzehnts (Immerhin 69 „Optionskommunen“ besorgen die Trägerschaft der Grundsicherung allein!) umgekehrt. Für Roland Koch – den Erfinder des Optionsmodells – und den Landkreistag stellen die Koalitionspläne eine sehr schmerzhafteste Niederlage dar. Nicht einmal eine längerfristige Absicherung und Erweiterung der Anzahl der Optionskommunen ist vorgesehen.

Leistungsverschlechterung und mehr Verwaltung

Für die Klienten der Grundsicherung bedeuten die Pläne der Koalitionäre, dass künftig 4 Millionen Bedarfsgemeinschaften mit 7 Mio. Menschen zwei Anlaufstellen für ihre Bedarfe haben, mit zwei Sachbearbeitern kommunizieren und 2 Bescheide aus verschiedenen Händen bekommen. Seit über einem Jahr weisen alle Fachleute,

die Wohlfahrtsverbände und selbst zahlreiche Vertreter der heutigen Koalitionäre auf die Risiken und Nachteile dieser Lösung hin: Steigender Verwaltungsaufwand, Steigendes Verwaltungschaos, Serviceverschlechterung für die Betroffenen, Trennung von Fördern und Fordern. Diese Bedenken wischt der Plan der Koalitionäre vom Tisch.

Röttgen gestärkt – Nebel unsichtbar

Ganz in die neue arbeitsmarktpolitische Linie der Koalition passt die Meldung, dass statt Roland Pofalla nun Norbert Röttgen das Arbeitsministerium führen soll. Röttgen vertritt eine stark ordnungspolitisch geprägte Richtung der CDU und wirkte im März 2009 maßgeblich daran mit, die von Kommunen und Bundesländern getragenen Pläne zur Aufrechterhaltung der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung in der Grundsicherung mittels Verfassungsänderung zu torpedieren: Überraschend hatte die von ihm geführte CDU-Bundestagsfraktion die Mitwirkung an der bereits sicher geglaubten Verfassungsinitiative verweigert.

Die Alternative heißt: Kommunalisierung und Leistung aus einer Hand

Wie lautet die Lösung, die ohne Verfassungsänderung auskommt und nicht auf getrennte Trägerschaft heraus läuft? Sie lautet:

Übertragung der Hoheit über das SGB II an die Bundesländer und von diesen an die Kommunen. Länder und Kommunen erhielten damit eine neue, für die Daseinsfürsorge in der Bundesrepublik entscheidende Rolle. Aber nur so wären Hilfen aus einer Hand und kommunale Mitwirkung an der Gestaltung der Grundsicherung ohne Änderung des Grundgesetzes realisierbar.

Offenbach, 22.10.2009

Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit in Hessen e.V.

Kaiserstr. 66

63065 Offenbach

kontakt@lag-arbeit-hessen.de

www.lag-arbeit-hessen.de

Vorsitzender und Verantwortlich:

Jürgen Schomburg

Die LAG Arbeit in Hessen ist der Zusammenschluss hessischer Ausbildungs- und Beschäftigungsträger, die in ihren Einrichtungen über 1500 Auszubildende, 5000 Langzeitarbeitslose und tausende Kursteilnehmer ausbilden, beschäftigen und vermitteln.